

Allgemeine Lieferbedingungen Elektrische Energie (ALB) der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

Version 15 (Satz- und Druckfehler vorbehalten)

Inhalt

1.	Vertragsgegenstand	1
2.	Vertragsdauer und Kündigung	1
3.	Beginn der Lieferung, Qualität	1
4.	Aussetzung oder Einschränkung der Lieferung	2
5.	Messung	2
6.	Lieferentgelt, Produktvoraussetzungen	2
7.	Entgeltänderung	2
8.	Abrechnung, Verbrauchs- und Stromkosteninformation, Ratenzahlung	3
9.	Vorauszahlung, Sicherheitsleistung	4
10.	Zahlungen des Kunden, Zahlungsverzug	5
11.	Änderung der Allgemeinen Lieferbedingungen (ALB)	5
12.	Vorzeitige Auflösung des Liefervertrags	6
13.	Haftung und Schadenersatz	6
14.	Formvorschriften, Adressänderung, Beschwerden, Unwirksamkeitsklausel, Gerichtsstand	6
15.	Rücktrittsrechte für Konsumenten	6
16.	Grundversorgung	7

1. Vertragsgegenstand

- 1.1. Der Kunde¹ erwirbt auf Dauer des Liefervertrags das Recht, elektrische Energie für seine im Liefervertrag angeführte Verbrauchsstelle (Zählpunkt) von der Innsbrucker Kommunalbetriebe AG (im Folgenden: IKB) ausschließlich für eigene Zwecke zu beziehen (Vertragsgegenstand). Die Allgemeinen Lieferbedingungen (im Folgenden: ALB) regeln das Rechtsverhältnis betreffend die Lieferung von elektrischer Energie zwischen dem Kunden und IKB.
- 1.2. Der Kunde verpflichtet sich, den gesamten Zukaufsbedarf für seine Verbrauchsstelle (Zählpunkt) bei IKB zu decken. Durch Abschluss des Liefervertrags wird der Kunde mittelbares Mitglied der Bilanzgruppe von TIWAG.
- 1.3. Die Erbringung von Netzdienstleistungen (Netzzutritt und Netznutzung) ist mit dem örtlich für die Verbrauchsstelle (Zählpunkt) zuständigen Netzbetreiber im Netzzugangsvertrag zu vereinbaren und nicht Gegenstand des Liefervertrags. Ein aufrechter Netzzugangsvertrag ist Voraussetzung für die Belieferung der Verbrauchsstelle (Zählpunkt).
Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes werden in der Folge „Konsumenten“,¹ Unternehmer im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes werden in der Folge „Unternehmer“¹ genannt. Für den in den ALB verwendeten Begriff Kleinunternehmer gilt die Definition gemäß Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz 2010 (Eiwog 2010).

2. Vertragsdauer und Kündigung

Der Liefervertrag gilt als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von IKB schriftlich unter Einhaltung einer Frist von acht Wochen, vom Kunden unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen schriftlich oder, wenn die Identifikation und Authentizität des Kunden gewährleistet ist, auch in elektronischer Form (über das Kundenportal oder per E-Mail) gekündigt werden.

3. Beginn der Lieferung, Qualität

Der Beginn der Lieferung ergibt sich aus dem Liefervertrag, ansonsten gilt Folgendes:

- a) Im Falle der Inbetriebnahme einer Verbrauchsstelle (Zählpunkt) beginnt die Lieferung mit Inbetriebnahme der Verbrauchsstelle (Zählpunkt) durch den Netzbetreiber.
- b) Im Falle der Übernahme einer bestehenden, in Betrieb befindlichen Verbrauchsstelle (Zählpunkt) durch den Kunden beginnt die Lieferung mit dem zwischen dem Kunden und dem Netzbetreiber vereinbarten Übernahmzeitpunkt.
- c) Im Falle des Lieferantenwechsels beginnt die Belieferung der Verbrauchsstelle (Zählpunkt) nach Abschluss des den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Verfahrens für den Lieferantenwechsel.

Die Übergabe elektrischer Energie erfolgt an der zwischen dem Kunden und dem Netzbetreiber vereinbarten Übergabestelle, und zwar in der vom Netzbetreiber tatsächlich zur Verfügung gestellten Qualität.

4. Aussetzung oder Einschränkung der Lieferung

IKB ist berechtigt, ihre Lieferung auszusetzen oder einzuschränken:

- a) Bei einer Verhinderung der Lieferung bedingt durch höhere Gewalt oder
- b) wenn dies zur Befolgung behördlicher Verfügungen, Auflagen usw. erforderlich ist oder
- c) für die Dauer von Störungen und Unterbrechungen des Netzbetriebes, die nicht im Einflussbereich von IKB liegen, oder
- d) wenn sich aus dem Netzzugangsvertrag des Kunden mit dem Netzbetreiber die Berechtigung des Netzbetreibers zur Aussetzung seiner Verpflichtungen ergibt oder der Netzzugangsvertrag endet oder
- e) wenn der Kunde trotz zweimaliger Mahnung – wobei die Mahnungen über dieselben Kommunikationswege wie Rechnungen übermittelt werden – unter Setzung einer angemessenen Frist (jeweils mindestens zwei Wochen) fällige Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt oder eine von IKB verlangte Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung nicht erbringt, obwohl die in Punkt 9. dieser ALB genannten Voraussetzungen für die Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung durch den Kunden erfüllt sind. Die letzte Mahnung erfolgt jedenfalls (bei elektronischer Übermittlung zusätzlich) mit eingeschriebenem Brief und informiert über die allfällige Trennung vom Netz sowie über die damit einhergehenden voraussichtlichen Kosten. Abschaltungen von Anlagen in Folge von Zahlungsverzug des Kunden dürfen nicht am letzten Arbeitstag vor Wochenenden oder gesetzlichen Feiertagen veranlasst werden.

5. Messung

Die vom Netzbetreiber gemessenen oder ermittelten Werte bilden die Basis für die Bestimmung des Lieferausmaßes durch IKB, wobei diesbezüglich die Regeln des zwischen dem Kunden und dem Netzbetreiber abgeschlossenen Netzzugangsvertrags gelten.

6. Lieferentgelt, Produktvoraussetzungen

6.1. Das Entgelt für die Lieferung von elektrischer Energie (im Folgenden: Lieferentgelt) richtet sich nach dem mit dem Kunden im Liefervertrag vereinbarten Produkt- und Preisblatt und setzt sich wie folgt zusammen:

- a) aus dem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis (Cent pro kWh) und einem allfälligen Leistungspreis sowie
- b) aus einem allfälligen verbrauchsunabhängigen Grundpreis,
- c) zuzüglich Steuern, Abgaben, Gebühren, Beiträge, Zuschläge und Förderverpflichtungen, die auf die Lieferung elektrischer Energie entfallen oder durch die Lieferung von elektrischer Energie anfallen sowie auf Gesetz oder Verordnung oder behördlicher Verfügung beruhen.

Gegenüber Konsumenten wird das Entgelt für die Lieferung von elektrischer Energie als Bruttopreis inklusive Steuern, Abgaben, Gebühren, Beiträge, Zuschläge und Förderverpflichtungen in Cent pro kWh ausgewiesen.

6.2. Der Kunde hat gegenüber IKB alle für die Produktwahl und die Preisbemessung notwendigen Angaben zu machen, die Produktvoraussetzungen gemäß dem vereinbarten Produkt- und Preisblatt zu erfüllen und diesbezügliche Änderungen IKB mitzuteilen.

- a) Für Konsumenten gilt Folgendes: Treten beim Kunden Änderungen ein, die dazu führen, dass Produktvoraussetzungen gemäß dem mit dem Kunden vereinbarten Produkt- und Preisblatt nicht mehr vorliegen oder nicht mehr erfüllt werden, kann der Kunde ein den geänderten Umständen entsprechendes Standardprodukt von IKB wählen. Die Produkt- und Preisblätter der Standardprodukte sind unter www.ikb.at/privat/energie/produkte abrufbar oder können bei IKB kostenfrei angefordert werden. Sollte der Kunde von ihm verursachte oder in seiner Sphäre eingetretene Änderungen in Bezug auf die vereinbarten Produktvoraussetzungen IKB nicht mitteilen und/oder bei Eintritt von solchen Änderungen kein den geänderten Umständen entsprechendes Standardprodukt wählen, ist IKB berechtigt, den Kunden auf ein für seine Verbrauchsstelle (Zählpunkt) nach Maßgabe der eingetretenen Änderungen und des Verbraucherverhaltens des Kunden passendes Standardprodukt umzustellen und dabei auch das Entgelt für die Lieferung von elektrischer Energie entsprechend diesem Standardprodukt der Höhe nach anzupassen. IKB wird den Kunden über die beabsichtigte Umstellung auf ein entsprechendes Standardprodukt samt allfällig damit verbundener Änderung des Entgelts für die Lieferung von elektrischer Energie schriftlich in einem persönlich an ihn gerichteten Schreiben, auf Wunsch des Kunden in elektronischer Form, informieren.

Die Zustimmung des Kunden zur beabsichtigten Produktumstellung samt allfällig damit verbundener Änderung des Lieferentgelts gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb von einem Monat ab Zugang der Information ein Widerspruch des Kunden bei IKB einlangt. Die Produktumstellung wird, wenn kein Widerspruch erfolgt, frühestens mit dem auf den Ablauf der einmonatigen Widerspruchsfrist nach Zugang des Informationsschreibens folgenden Monatsersten wirksam. Sind seit dem Abschluss des Liefervertrags zu diesem Zeitpunkt noch nicht zumindest zwei Monate vergangen, wird die Produktumstellung, wenn kein Widerspruch erfolgt, frühestens zwei Monate nach Vertragsabschluss wirksam.

Im Falle eines Widerspruchs gegen die Produktumstellung endet das Vertragsverhältnis mit dem Monatsletzten, der auf den Zugang des Informationsschreibens beim Kunden zuzüglich einer Frist von drei Monaten folgt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Kunde auf Basis des zuletzt vereinbarten Produkts zu den zuletzt vereinbarten Preisen beliefert. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch, wenn eine Mindestvertragslaufzeit oder Preisgarantie vereinbart wurde. IKB weist den Kunden in der Information auf obige Fristen und die Bedeutung seines Verhaltens besonders hin und wird ihn über sein Recht informieren, ein anderes für seine Verbrauchsstelle (Zählpunkt) passendes Produkt zu wählen.

- b) Für Unternehmer gilt Folgendes: Im Falle von Änderungen oder bei Wegfall der Produktvoraussetzungen ist IKB berechtigt, den Kunden auf ein für seine Verbrauchsstelle (Zählpunkt) passendes Standardprodukt umzustellen. IKB wird den Kunden über die beabsichtigte Umstellung auf ein entsprechendes Standardprodukt in einem persönlich an ihn gerichteten Schreiben, auf Wunsch des Kunden in elektronischer Form, informieren. Die Produktumstellung wird frühestens mit dem Tag nach dem Zugang der Information wirksam. Die Zustimmung zur Produktanpassung gilt als erteilt, wenn nicht innerhalb von einem Monat ab Zugang dieser Information ein Widerspruch des Kunden bei IKB einlangt. Im Falle eines Widerspruchs gegen die Produktanpassung endet das Vertragsverhältnis mit dem Monatsletzten, der auf den Zugang des Informationsschreibens beim Kunden zuzüglich einer Frist von drei Monaten folgt. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Kunde auf Basis des bisher vereinbarten Produkts zu den zuletzt vereinbarten Preisen beliefert. IKB weist den Kunden in der Information auf obige Fristen und die Bedeutung seines Verhaltens besonders hin und wird ihn über sein Recht informieren, ein anderes für seine Verbrauchsstelle (Zählpunkt) passendes Produkt zu wählen.

7. Entgeltänderung

7.1. Entgeltänderung gegenüber Konsumenten und Kleinunternehmern

Bei einem mit einem Konsumenten oder Kleinunternehmer unbefristet abgeschlossenen Liefervertrag ist IKB berechtigt, das im Liefervertrag vertraglich vereinbarte Lieferentgelt und dessen Bestandteile gemäß den nachfolgend wörtlich angeführten gesetzlichen Bestimmungen des § 80 Abs. 2, 2a und 2b EIWOG 2010 zu ändern:

§ 80 Abs. 2 EIWOG 2010 lautet wörtlich: „(2) Änderungen der Geschäftsbedingungen und der vertraglich vereinbarten Entgelte sind dem Kunden schriftlich in einem persönlich an ihn gerichteten Schreiben oder auf dessen Wunsch elektronisch mitzuteilen. In diesem Schreiben sind die Änderungen

der Allgemeinen Bedingungen nachvollziehbar wiederzugeben. Gleichzeitig ist der Kunde darauf hinzuweisen, dass er berechtigt ist, die Kündigung des Vertrags binnen vier Wochen ab Zustellung des Schreibens kostenlos und ungeachtet allfälliger vertraglicher Bindungen zu erklären.“

§ 80 Abs. 2a EIWOG 2010 lautet wörtlich: „(2a) Änderungen der vertraglich vereinbarten Entgelte von Verbrauchern im Sinne des § 1 Abs. 1 Z 2 KSchG und Kleinunternehmern mit unbefristeten Verträgen müssen in einem angemessenen Verhältnis zum für die Änderung maßgebenden Umstand stehen. Bei Änderung oder Wegfall des Umstands für eine Entgelterhöhung hat eine entsprechende Entgeltsenkung zu erfolgen. Verbraucher und Kleinunternehmer müssen über Anlass, Voraussetzung, Umfang und erstmalige Wirksamkeit der Entgeltänderungen auf transparente und verständliche Weise mindestens ein Monat vor erstmaliger Wirksamkeit der Änderungen schriftlich in einem persönlich an sie gerichteten Informationsschreiben oder auf ihren Wunsch elektronisch informiert werden. Gleichzeitig sind Verbraucher und Kleinunternehmer darauf hinzuweisen, dass sie berechtigt sind, die Kündigung des Vertrags binnen vier Wochen ab Zustellung des Schreibens kostenlos und ungeachtet allfälliger vertraglicher Bindungen zu erklären. Versorger haben dabei von der Regulierungsbehörde zur Verfügung gestellte Musterformulierungen zu verwenden.“

§ 80 Abs. 2b EIWOG 2010 lautet wörtlich: „(2b) Im Falle einer Kündigung gemäß Abs. 2 oder 2a endet das Vertragsverhältnis zu den bisherigen Vertragsbedingungen bzw. Entgelten mit dem nach einer Frist von drei Monaten folgenden Monatsletzten ab Wirksamkeit der Änderungen, sofern der Kunde bzw. Verbraucher oder Kleinunternehmer nicht zu einem früheren Zeitpunkt einen neuen Lieferanten (Versorger) namhaft macht und von diesem beliefert wird. Der Versorger hat Verbraucher in einem gesonderten Schreiben über das Recht der Inanspruchnahme der Grundversorgung gemäß § 77 [EIWOG 2010] transparent und verständlich aufzuklären, wobei in diesem auch die Kontaktdaten der Anlauf- und Beratungsstellen gemäß § 82 Abs. 7 [EIWOG 2010] sowie der Schlichtungsstelle der Regulierungsbehörde anzuführen sind. Für das Schreiben sind von der Regulierungsbehörde zur Verfügung gestellte Musterformulierungen zu verwenden.“

Eine Erhöhung des vereinbarten Lieferentgelts aufgrund dieses Punkts 7.1. kann frühestens zwei Monate nach Vertragsabschluss und nach Ablauf der Laufzeit einer allfälligen individuell vereinbarten Preisgarantie wirksam werden.

Die Änderung des vereinbarten Lieferentgelts nach diesem Punkt 7.1. wirkt sich unabhängig vom Zeitpunkt der Rechnungslegung ausschließlich auf die ab dem Wirksamkeitszeitpunkt der Lieferentgeltänderung erfolgende Belieferung der Verbrauchsstelle (Zählpunkt) des Kunden mit elektrischer Energie aus.

Endet der Vertrag im Falle von vereinbarten Mindestvertragslaufzeiten vorzeitig durch Kündigung des Kunden aus Anlass einer Änderung des vereinbarten Lieferentgelts nach diesem Punkt 7.1., hat dies keine Auswirkungen auf mit dem Kunden als Gegenleistung für die Mindestvertragslaufzeit vereinbarte Vergünstigungen; diese stehen dem Kunden im vereinbarten Ausmaß zu.

7.2. Entgeltänderung gegenüber Unternehmern, die nicht Kleinunternehmer sind

IKB ist berechtigt, das Lieferentgelt gegenüber dem Kunden als Unternehmer, wenn er nicht Kleinunternehmer ist, nach billigem Ermessen unter Einhaltung der Vorgangsweise gemäß § 80 Abs. 2 und Abs. 2b EIWOG 2010 anzupassen.

Der Kunde als Unternehmer, wenn er nicht Kleinunternehmer ist, ist zudem verpflichtet, IKB für die Belieferung mit elektrischer Energie neben den zu entrichtenden Preisen und Preisbestandteilen sämtliche unmittelbar oder mittelbar damit zusammenhängenden Steuern, Abgaben, Gebühren, Beiträge, Zuschläge oder Förderverpflichtungen im jeweiligen Ausmaß zu bezahlen.

8. Abrechnung, Verbrauchs- und Stromkosteninformation, Ratenzahlung

8.1. Die Abrechnung des Lieferentgelts erfolgt in Papierform oder elektronisch zu den jeweils von IKB festgelegten Terminen. Dem Kunden wird jederzeit die Wahlmöglichkeit eingeräumt, die Rechnung kostenfrei entweder elektronisch oder in Papierform zu erhalten.

Die Abrechnung erfolgt aufgrund der gemäß Punkt 5. ermittelten Messdaten nach Wahl von IKB durch Monatsrechnungen oder Rechnungen über längere, ein Abrechnungsjahr möglichst nicht wesentlich überschreitende Zeiträume mit monatlichen Teilbetragszahlungen. Sind intelligente Messgeräte (Smart Meter) installiert, kann der Kunde Monatsrechnungen oder Jahresrechnungen mit monatlichen Teilbetragszahlungen verlangen. Wird der Liefervertrag beendet, wird IKB dem Kunden gegenüber spätestens sechs Wochen nach Vertragsbeendigung abrechnen. Dies gilt auch, wenn betreffend die Verbrauchsstelle (Zählpunkt) des Kunden ein Lieferantenwechsel durchgeführt wird.

8.2. Der Kunde erhält eine detaillierte Verbrauchs- und Stromkosteninformation, es sei denn, er gibt über die von IKB zur Kontaktaufnahme vorgesehenen Wege (Kundenportal, E-Mail, Post, Fax oder Telefon) bekannt, deren Übermittlung abzulehnen.

8.2.1. Sofern ein intelligentes Messgerät (Smart Meter) installiert ist, stellt IKB dem Kunden die Verbrauchs- und Stromkosteninformation monatlich innerhalb von einer Woche nach Übermittlung der durch den Smart Meter aufgezeichneten Messwerte durch den örtlich für die Verbrauchsstelle (Zählpunkt) zuständigen Netzbetreiber an IKB kostenfrei und auf elektronischem Weg im Kundenportal bereit. Auf Verlangen des Kunden übermittelt IKB dem Kunden die Verbrauchs- und Stromkosteninformation auch kostenfrei in Papierform.

8.2.2. Sofern kein intelligentes Messgerät (Smart Meter) installiert ist, stellt IKB dem Kunden die Verbrauchs- und Stromkosteninformation kostenfrei auf elektronischem Weg im Kundenportal mit der Rechnung und darüber hinaus auch bei unterjähriger Ermittlung des Zählerstands auf Verlangen des Kunden innerhalb von zwei Wochen nach Übermittlung des Zählerstands durch den örtlich für die Verbrauchsstelle (Zählpunkt) zuständigen Netzbetreiber an IKB bereit. Auf Verlangen des Kunden übermittelt IKB dem Kunden die Verbrauchs- und Stromkosteninformation auch kostenfrei in Papierform.

8.3. Im Falle monatlicher Teilbetragszahlungen werden diese sachlich und angemessen auf Basis des Letztjahresverbrauchs des Kunden an der im Liefervertrag angeführten Verbrauchsstelle (Zählpunkt) zeitanteilig berechnet. Liegt ein solcher nicht vor, so berechnen sich die Teilbetragszahlungen nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kundenanlagen. Folgende Kriterien werden bei Konsumenten für die Beurteilung der Vergleichbarkeit der Kundenanlagen herangezogen: Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und energieintensive Stromverbrauchsgesetze, wie z. B. Kühl- und Heizanlagen. Sofern der Kunde dazu IKB keine Informationen erteilt hat, wird ein Verbrauch von 3.500 kWh pro Jahr zur Bemessung herangezogen. Macht ein Kunde einen anderen Verbrauch glaubhaft, so wird dieser angemessen berücksichtigt. Ändert sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums das vereinbarte Lieferentgelt, so haben sowohl IKB als auch der Kunde das Recht, die Teilbeträge entsprechend anzupassen. Die der Teilbetragsberechnung zugrundeliegende Menge in kWh wird dem Kunden schriftlich oder auf dessen Wunsch in elektronischer Form mitgeteilt. Die schriftliche Mitteilung kann hierbei auf der Jahresrechnung oder auf der ersten Vorschreibung der Teilbetragszahlung erfolgen.

8.4. Ändern sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums die vereinbarten Preise und liegen keine vom Netzbetreiber ermittelten Verbrauchswerte vor, so wird die für die neuen Preise maßgebliche Liefermenge zeitanteilig berechnet.

8.5. Rechnungen sind binnen zehn Tagen ab Postaufgabe- bzw. ab Versanddatum (elektronische Datenübertragung, Fax etc.) zur Zahlung fällig. Für Konsumenten ist für den Beginn der Zahlungsfrist der Zugang der Rechnung maßgeblich. Die Fälligkeiten monatlicher Teilbetragszahlungen ergeben sich aus dem im Vorhinein für die jeweilige Abrechnungsperiode bekannt gegebenen Zahlungsplan.

8.6. Kunden, die Konsumenten oder Kleinunternehmer sind, wird für den Fall einer aus einer Jahresabrechnung resultierenden Nachzahlung die Möglichkeit einer Ratenzahlung in monatlichen Raten für die Dauer von bis zu 18 Monaten eingeräumt. IKB hat Konsumenten und Kleinunternehmer auf jeder Jahresabrechnung und auf jeder eine Jahresabrechnung betreffenden Mahnung deutlich erkennbar und verständlich auf das Recht, eine Ratenzahlung zu verlangen und wie dieses Verlangen gestellt werden kann, hinzuweisen. Die Ratenzahlung kann formfrei gegenüber IKB geltend gemacht werden, und zwar auch

im Falle einer gemeinsamen Abrechnung von Netznutzung und Energiekosten durch IKB als Lieferanten. IKB hat in diesem Fall dem Kunden unverzüglich ein entsprechendes Angebot für eine monatliche Ratenzahlung, bei der die vom Kunden zu leistende Nachzahlung gleichmäßig auf die Raten verteilt wird, zu unterbreiten, wobei der Kunde auch die Möglichkeit erhalten muss, die Ratenzahlungen in bar oder mittels Erlagscheines zu leisten. Der Kunde ist während der laufenden Ratenzahlung jederzeit zur vorzeitigen gänzlichen oder teilweisen Rückzahlung berechtigt, ohne dass ihm dadurch zusätzliche Kosten entstehen. Die Einräumung einer solchen Ratenzahlung ist für den Kunden mit keinen zusätzlichen Kosten verbunden.

- 8.7. Werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so wird der zu hoch oder zu niedrig berechnete Betrag richtiggestellt. IKB ist verpflichtet, einen vom Kunden zu viel bezahlten Betrag zurückzuerstatten, und der Kunde ist verpflichtet, einen Fehlbetrag an IKB nachzuzahlen. Ansprüche auf Rückerstattung oder Nachzahlung infolge Richtigstellung sind auf die letzten drei Jahre beschränkt. Wenn jedoch der Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages von IKB oder deren Erfüllungsgehilfen verschuldet wurde, stehen dem Kunden Ansprüche auf Rückerstattung des zu viel bezahlten Betrages über diesen Zeitraum hinaus im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsfristen zu. Unternehmer sind verpflichtet, ein von IKB zu vertretendes Verschulden nachzuweisen.
- 8.8. Einsprüche gegen die Rechnung berechtigen nicht zu Zahlungsaufschub oder Zahlungsverweigerung hinsichtlich unstrittiger Teile der Rechnungssumme. Die Aufrechnung mit Gegenansprüchen ist nur für den Fall der Zahlungsunfähigkeit von IKB oder mit Gegenansprüchen zulässig, die in rechtllichem Zusammenhang mit der Verbindlichkeit des Kunden stehen, die gerichtlich festgestellt oder von IKB anerkannt worden sind.
- 8.9. Erfordert der zwischen dem Kunden und IKB abgeschlossene Liefervertrag die Auslesung und Verwendung von Viertelstundenwerten bzw. liegt die Zustimmung des Kunden hierzu vor, ist die Verwendung der Viertelstundenwerte durch IKB zum Zwecke der Abrechnung, zur Prognoseerstellung sowie zur Erstellung der Verbrauchs- und Stromkosteninformation zulässig.

9. Vorauszahlung, Sicherheitsleistung

- 9.1. Wenn einer der nachfolgenden Gründe vorliegt und daher zu befürchten ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag mit IKB nicht oder nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommt, kann IKB den Vertragsabschluss von einer Vorauszahlung abhängig machen oder auch bei laufendem Vertragsverhältnis vom Kunden eine Vorauszahlung verlangen, wenn
- a) der Kunde in den letzten zwölf Monaten zum wiederholten Male fällige und unstrittige Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag im Ausmaß von insgesamt zumindest 30 Euro nicht oder nicht vollständig zum Fälligkeitszeitpunkt geleistet hat und trotz Mahnung und Nachfristsetzung von vierzehn Tagen durch IKB seinen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig nachgekommen ist oder
 - b) in den letzten zwölf Monaten die Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kunden vorlagen, die Eröffnung eines solchen Verfahrens bewilligt oder mangels kostendeckenden Vermögens nicht bewilligt oder betreffend den Kunden ein Liquidationsverfahren oder ein außergerichtlicher Ausgleichsversuch eingeleitet wurde oder
 - c) der Kunde in den letzten zwölf Monaten zum wiederholten Male fällige und unstrittige Zahlungsverpflichtungen aus anderen Vertragsverhältnissen mit IKB von insgesamt zumindest 30 Euro nicht oder nicht vollständig zum Fälligkeitszeitpunkt geleistet hat und trotz Mahnung und Nachfristsetzung von vierzehn Tagen durch IKB seinen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig nachgekommen ist oder
 - d) IKB eine den Kunden betreffende Bonitätsauskunft bei einer nach der Gewerbeordnung befugten Kreditauskunftei eingeholt hat, die nicht älter als zwei Monate ist und die entweder eine mangelhafte Kreditwürdigkeit des Kunden oder ein erhöhtes Ausfallrisiko ausweist.
- 9.2. Die Höhe der Vorauszahlung beträgt maximal ein Viertel des voraussichtlichen Jahreslieferentgelts. Dieses wird anhand des Letztjahresverbrauchs des Kunden an der im Liefervertrag angeführten Verbrauchsstelle (Zählpunkt) ermittelt. Liegt ein solcher nicht vor, so erfolgt die Ermittlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kundenanlagen. Folgende Kriterien werden bei Konsumenten für die Beurteilung der Vergleichbarkeit der Kundenanlagen herangezogen: Anzahl der im Haushalt lebenden Personen und energieintensive Stromverbrauchsgeräte, wie z. B. Kühl- und Heizanlagen. Sofern der Kunde dazu IKB keine Informationen erteilt hat, wird ein Verbrauch von 3.500 kWh pro Jahr zur Bemessung herangezogen. Macht ein Kunde einen anderen Verbrauch glaubhaft, so wird dieser angemessen berücksichtigt. Die Vorauszahlung wird von IKB zum Ausgleich von fälligen, nicht ausgeglichenen Zahlungsverpflichtungen des Kunden (Rechnungen oder Teilbetragsvorschreibungen) aus dem Liefervertrag mit IKB verwendet. In diesem Fall hat der Kunde über Verlangen von IKB binnen vierzehn Tagen die Vorauszahlung wieder auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen. Die Verpflichtung des Kunden zur Leistung oder Ergänzung einer Vorauszahlung auf die ursprüngliche Höhe entfällt, wenn die nachstehend in Punkt 9.4. angeführten Bedingungen für eine Rückstellung der Vorauszahlung durch IKB vorliegen.
- 9.3. Statt einer Vorauszahlung kann der Kunde eine Sicherheit (Barsicherheit, Bankgarantie, Hinterlegung von nicht vinkulierten Sparbüchern) in gleicher Höhe wie die Vorauszahlung erbringen.
- Hat der Kunde eine Sicherheitsleistung anstelle der Vorauszahlung geleistet, kann sich IKB aus der Sicherheitsleistung bezahlt machen, wenn der Kunde fällige Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag mit IKB (Rechnungen oder Teilbetragsvorschreibungen) nicht oder nicht vollständig zum Fälligkeitszeitpunkt erfüllt hat und der Kunde nach schriftlicher Mahnung und Nachfristsetzung von vierzehn Tagen seinen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig nachkommt. In diesem Fall hat der Kunde über Verlangen von IKB binnen vierzehn Tagen die von ihm geleistete Sicherheitsleistung auf die ursprüngliche Höhe zu ergänzen.
- 9.4. Die nicht von IKB zur Abdeckung von fälligen, nicht ausgeglichenen Zahlungsverpflichtungen des Kunden (Rechnungen oder Teilbetragsvorschreibungen) aus dem Liefervertrag mit IKB verwendete Sicherheitsleistung oder Vorauszahlung wird von IKB an den Kunden bei Vorliegen nachstehender Voraussetzungen zurückgestellt:
- Der Kunde ist über einen durchgehenden Zeitraum von vierzehn Monaten seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag mit IKB rechtzeitig und vollständig nachgekommen, der Kunde hat die Rückstellung verlangt, und es liegt eine den Kunden betreffende Bonitätsauskunft bei einer nach der Gewerbeordnung befugten Kreditauskunftei vor, die nicht älter als zwei Monate ist und in der weder eine mangelhafte Kreditwürdigkeit des Kunden noch ein erhöhtes Ausfallrisiko ausgewiesen wird, oder
 - der Kunde ist über einen durchgehenden Zeitraum von sechsundzwanzig Monaten seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag mit IKB rechtzeitig und vollständig nachgekommen und der Kunde hat die Rückstellung verlangt oder
 - der Liefervertrag zwischen dem Kunden und IKB ist beendet, und IKB hat gegen den Kunden aus dem Liefervertrag keine offenen und fälligen Forderungen mehr.
- Im Falle von Barsicherheiten erfolgt die Rückerstattung der Sicherheitsleistung an den Kunden jeweils verzinst zum verlaublichen Basiszinssatz der Österreichischen Nationalbank, wobei im Fall und für die Dauer eines negativen Basiszinssatzes (Basiszinssatz < 0,00 %) die Verzinsung mit 0,00 % angesetzt wird.
- 9.5. Wird von IKB eine Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung gefordert, hat jeder Kunde, dessen Verbrauchsstelle (Zählpunkt) über keinen Lastprofilzähler verfügt, stattdessen das Recht, die Nutzung einer Messeinrichtung mit Prepayment-Funktion beim Netzbetreiber zu verlangen. IKB wird die für die Einstellung dieser Messeinrichtung notwendigen Informationen zeitgerecht an den Netzbetreiber übermitteln.
- Im Rahmen der Grundversorgung gelten in Bezug auf Sicherheitsleistungen und Vorauszahlungen ausschließlich die in Punkt 16. getroffenen Regelungen.

10. Zahlungen des Kunden, Zahlungsverzug

10.1. Zahlungen des Kunden sind abzugsfrei auf das Konto von IKB zu leisten (z. B. mittels SEPA-Lastschrift, Zahlungsanweisung, Telebanking).

10.2. Für Konsumenten gilt weiters Folgendes: Gerät der Kunde oder IKB mit Zahlungsverpflichtungen aus dem Liefervertrag in Verzug, sind ab dem auf die Fälligkeit folgenden Tag wechselseitig die gesetzlichen Verzugszinsen von 4 % pro Jahr zu bezahlen. IKB kann außer den gesetzlichen Zinsen vom Kunden auch den Ersatz anderer vom Kunden verschuldeter und IKB erwachsener Schäden geltend machen, insbesondere die notwendigen Kosten zweckentsprechender außergerichtlicher Betreibungs- oder Einbringungsmaßnahmen, soweit diese in einem angemessenen Verhältnis zur betriebenen offenen Forderung aus dem Liefervertrag stehen.

Für Unternehmer gilt Folgendes: Bei Zahlungsverzug des Kunden verrechnet IKB diesem ab dem auf die Fälligkeit folgenden Tag Verzugszinsen in gesetzlicher Höhe (§ 456 UGB). Im Fall des Zahlungsverzugs bei Geldforderungen ist IKB zudem berechtigt, als Entschädigung für etwaige Betriebskosten vom Kunden den in § 458 UGB genannten Pauschalbetrag zu fordern. Weiters ersetzt der Kunde IKB die über diesen Pauschalbetrag hinausgehenden und durch seinen verschuldeten Verzug entstandenen Mahnspesen und für den Fall, dass für die betreffende Forderung zumindest eine Mahnung von IKB erfolglos geblieben ist, auch die Kosten zweckentsprechender außergerichtlicher Betreibungsmaßnahmen durch Beauftragung eines Inkassobüros oder Rechtsanwalts. Im Falle der Beauftragung eines Inkassobüros oder Rechtsanwalts werden die tatsächlich entstehenden Kosten in der sich aus der jeweils geltenden Verordnung der zulässigen Vergütungen für Inkassoinstitute sowie dem jeweils geltenden Rechtsanwaltsaristgesetz ergebenden Höhe verrechnet und verpflichtet sich der Kunde, diese IKB zu ersetzen.

11. Änderung der Allgemeinen Lieferbedingungen (ALB)

11.1. Allgemeine Regelungen zur Änderung der ALB (Rechtsgrundlage: § 80 Abs. 2 und Abs. 2b EIWOG 2010):

IKB ist berechtigt, die ALB zu ändern, sofern diese Änderung zuvor der Regulierungsbehörde angezeigt wurde. Über den Anlass und den Inhalt der beabsichtigten Änderung informiert IKB den Kunden in deutlicher und verständlicher Weise schriftlich in einem persönlich an ihn gerichteten Schreiben, auf Wunsch des Kunden in elektronischer Form zumindest einen Monat vor dem Stichtag der Wirksamkeit. Im Falle einer Änderung der Regelungen zur Entgeltänderung wird der Kunde dabei zusätzlich über die Systematik der Regelungen zur Entgeltänderung und über die damit einhergehenden voraussichtlichen wirtschaftlichen Auswirkungen informiert.

Der Kunde ist aus Anlass der Information über eine beabsichtigte Änderung der ALB binnen vier Wochen nach Erhalt des Informationsschreibens berechtigt, den Liefervertrag zu kündigen. Die Änderung der ALB wird, wenn der Kunde nicht innerhalb von vier Wochen ab Zugang des Informationsschreibens über die Änderung der ALB die Kündigung des Liefervertrags vornimmt, frühestens ein Monat, nachdem der Kunde das Informationsschreiben über die Änderung der ALB erhalten hat, wirksam.

Im Falle einer Kündigung des Liefervertrags durch den Kunden aus Anlass der Information über eine beabsichtigte Änderung der ALB endet das Vertragsverhältnis mit dem Monatsletzten drei Monate nach dem im Informationsschreiben an den Kunden angegebenen Stichtag der Wirksamkeit der Änderung der ALB. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der Kunde zu den zuletzt vereinbarten ALB beliefert. Macht der Kunde jedoch schon früher einen neuen Lieferanten namhaft und wird der Kunde vom neuen Lieferanten schon vor diesem Zeitpunkt mit elektrischer Energie beliefert, endet der Liefervertrag schon früher mit Beginn der Belieferung des Kunden mit elektrischer Energie durch den neuen Lieferanten.

IKB weist den Kunden in der schriftlichen Information ausdrücklich auf obige Fristen, auf sein Kündigungsrecht aus Anlass einer beabsichtigten Änderung der ALB, auf die Bedeutung seines Verhaltens und auf die Folgen einer Kündigung aus Anlass einer beabsichtigten Änderung der ALB in deutlicher und verständlicher Weise besonders hin.

Die Kündigung des Liefervertrags aus Anlass einer beabsichtigten Änderung der ALB ist für den Kunden kostenlos. Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch, wenn eine Mindestvertragslaufzeit vereinbart wurde.

11.2. Zusatzregelungen für Konsumenten bei Änderung der ALB im Sinne des Punkts 11.1.:

Eine Änderung der ALB gemäß Punkt 11.1. kann nur erfolgen, um diese anzupassen,

- auf Grundlage einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung des Stromlieferanten zur Änderung der ALB in der dort geregelten Art und Weise;
- an neue oder geänderte gesetzliche Regelungen oder Verordnungen im Bereich des Energie- oder Verbraucherrechts, die eine Änderung der ALB erforderlich machen, um diesen neuen oder geänderten gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen zu entsprechen;
- an sonstige neue oder geänderte gesetzliche Regelungen oder Verordnungen, welche die Rechte und Pflichten aus dem Liefervertrag zu Qualität, Abrechnung, Zahlung oder Zahlungsverzug betreffen und die eine Änderung der ALB erforderlich machen, um diesen neuen oder geänderten gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen zu entsprechen;
- an gegenüber IKB wirksame behördliche Verfügungen oder Vorgaben durch die Regulierungsbehörde, gerichtliche Verfügungen oder Entscheidungen, die eine Änderung der ALB bedingen;
- an gerichtliche Entscheidungen, die sich auf vergleichbare Regelungen in den ALB anderer Stromlieferanten beziehen;
- an die Erweiterung des Produkt- und Leistungsangebots von IKB durch Einführung von Regelungen in den ALB betreffend diese Erweiterung;
- ohne damit eine Änderung der Rechte und Pflichten von IKB und des Kunden aus dem Liefervertrag vorzunehmen.

Die Regelungen zur Entgeltänderung und zur Systematik der Entgeltänderung (Punkt 7.) werden darüber hinaus geändert,

- um diese an Kostenänderungen anzupassen, welche die IKB aufgrund nicht beeinflussbarer Rahmenbedingungen bei Produktion, Beschaffung und Lieferung elektrischer Energie entstehen, und um das ursprüngliche bei Abschluss des Liefervertrags gegebene Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung wiederherzustellen;
- um diese bei Einführung oder Änderung oder Wegfall von Steuern, Abgaben, Gebühren, Beiträgen, Zuschlägen oder Förderverpflichtungen, die auf die Lieferung elektrischer Energie entfallen oder durch die Lieferung von elektrischer Energie anfallen und von IKB als Stromlieferant abzuführen oder beim Kunden einzuheben sind und auf Gesetz oder Verordnung oder behördlicher Verfügung beruhen, im Ausmaß der dadurch bedingten Änderung anzupassen und das ursprüngliche bei Abschluss des Liefervertrags gegebene Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung wiederherzustellen.

Durch eine Änderung der ALB gemäß Punkt 11.1. kann keine Änderung

- der von IKB dem Kunden geschuldeten Hauptleistung (Vertragsgegenstand) oder
- der mit dem Kunden im Liefervertrag vereinbarten Regelungen zur Laufzeit oder Beendigung des Liefervertrags

als wesentliche Vertragspflichten von IKB gegenüber dem Kunden erfolgen. Diese wesentlichen Vertragspflichten von IKB gegenüber dem Kunden können nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Kunden oder zur Umsetzung zwingender gesetzlicher Vorgaben in diesen Punkten geändert werden.

Änderungen des Lieferentgelts sind nur nach Maßgabe von Punkt 7. und unter den dort geschilderten Voraussetzungen zulässig.

Endet der Vertrag mit einem Kunden im Falle von vereinbarten Mindestvertragslaufzeiten vorzeitig durch Kündigung des Kunden aus Anlass einer Änderung der ALB, hat dies keine Auswirkungen auf mit dem Kunden als Gegenleistung für die Mindestvertragslaufzeit vereinbarte Vergünstigungen; diese stehen dem Kunden im vereinbarten Ausmaß zu.

12. Vorzeitige Auflösung des Liefervertrags

IKB ist berechtigt, im Falle wichtiger Gründe den Liefervertrag vorzeitig aufzulösen. Als wichtige Gründe gelten insbesondere:

- a) Wenn trotz zweimaliger Mahnung unter Setzung einer angemessenen Frist (jeweils mindestens zwei Wochen) der Kunde Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllt oder der Verpflichtung zur Leistung einer Vorauszahlung/Sicherheitsleistung nicht nachkommt. Die letzte Mahnung erfolgt mit eingeschriebenem Brief und informiert über die allfällige Trennung vom Netz sowie über die damit einhergehenden voraussichtlichen Kosten;
- b) wenn die Einleitung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Kunden mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird;
- c) wenn außerhalb des Einflussbereichs von IKB Änderungen eintreten, die eine weitere Belieferung der Verbrauchsstelle (Zählpunkt) des Kunden mit elektrischer Energie durch IKB dauerhaft unmöglich machen.

Der Kunde ist zur vorzeitigen Auflösung des Liefervertrags berechtigt, wenn er die Nutzung der Verbrauchsstelle (Zählpunkt) dauerhaft aufgibt. Der frühestmögliche Auflösungsstermin ist dabei jener Werktag, der dem Zugang der Mitteilung des Kunden bei IKB folgt.

Auf die sonstigen Gründe zur vorzeitigen Auflösung des Liefervertrags in den Punkten Produktumstellung (Punkt 6.2.), Entgeltänderung (Punkt 7.) und Änderung der ALB (Punkt 11.) wird hingewiesen.

13. Haftung und Schadenersatz

Jeder Vertragspartner haftet dem anderen im Zusammenhang mit der Lieferung bzw. Abnahme von elektrischer Energie und allfällig erbrachter Nebenleistungen nach den allgemeinen schadenersatzrechtlichen Vorschriften. Soweit es für die Haftung auf ein Verschulden ankommt, wird nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit gehaftet. Diese Haftungsbeschränkung gilt nicht für Personenschäden und die Verletzung von vertraglichen Hauptleistungspflichten (Vertragsgegenstand; Entgelt; Vertragsdauer und -beendigung).

Für Unternehmer gilt weiters: Die Haftung von IKB für Folgeschäden und entgangenen Gewinn ist – soweit gesetzlich zulässig – jedenfalls ausgeschlossen.

14. Formvorschriften, Adressänderung, Beschwerden, Unwirksamkeitsklausel, Gerichtsstand

- 14.1. Vom Kunden in elektronischer Form abgegebene Erklärungen sind unter der Voraussetzung wirksam, dass die Identifikation und Authentizität des Kunden gewährleistet ist. Ist die Identifikation und Authentizität nicht gewährleistet und erachtet IKB deshalb eine in elektronischer Form abgegebene Erklärung des Kunden als nicht wirksam, wird der Kunde von IKB über diesen Umstand und darüber informiert, auf welche Weise vom Kunden der Nachweis der Identifikation und Authentizität erbracht werden kann.

Für Unternehmer gilt weiters: Soweit diese ALB nichts anderes vorsehen, bedürfen Änderungen und Ergänzungen des Liefervertrags zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.

Konsumenten gegenüber sind auch mündliche Erklärungen von IKB oder ihres Vertreters wirksam.

Die Unterschrift von IKB kann gültig für sämtliche den Liefervertrag betreffenden Erklärungen auch in elektronisch reproduzierter Form erfolgen.

- 14.2. Der Kunde hat eine allfällige Änderung seiner Anschrift IKB bekannt zu geben. Eine Erklärung von IKB gilt dem Kunden auch dann als zugegangen, wenn der Kunde IKB eine Änderung seiner Anschrift nicht bekannt gegeben hat und IKB die Erklärung an die zuletzt bekannt gegebene Anschrift des Kunden sendet.
- 14.3. Bei Beschwerden steht dem Kunden das Kundencenter von IKB unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 500 502 zur Verfügung. Unbeschadet der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte können Streit- oder Beschwerdefälle der E-Control (www.e-control.at) vorgelegt werden.
- 14.4. Sollten einzelne Bestimmungen des Liefervertrags, einschließlich der vorliegenden ALB, unwirksam sein oder werden, so wird die Wirksamkeit des Liefervertrags im Übrigen davon nicht berührt; ist der Kunde Unternehmer, gilt eine der ursprünglichen unwirksamen oder unwirksam gewordenen Bestimmung am nächsten kommende als vereinbart.
- 14.5. Für Unternehmer gilt weiters: Für alle aus dem Liefervertrag einschließlich der vorliegenden ALB entspringenden Streitigkeiten privatrechtlicher Natur entscheidet das am Sitz von IKB sachlich zuständige Gericht.

15. Rücktrittsrechte für Konsumenten

Hat ein Konsument seine Vertragserklärung weder in den von IKB für ihre geschäftlichen Zwecke dauernd benützten Räumen noch bei einem von IKB auf einer Messe oder einem Markt benützten Stand abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag jederzeit bis zum Zustandekommen des Liefervertrags zurücktreten.

Ein Konsument kann von einem im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Vertrag oder einer im Fernabsatz (z. B. per Post, Fax, Internet oder E-Mail) oder außerhalb von Geschäftsräumen abgegebenen Vertragserklärung innerhalb von vierzehn Tagen ab Vertragsabschluss zurücktreten. Die Rücktrittserklärung ist an IKB zu richten und ist rechtzeitig, wenn sie innerhalb dieser Frist abgesendet wird. Wird über Wunsch des Kunden ein Lieferbeginn vor Ablauf der Rücktrittsfrist vereinbart und erklärt er nach Lieferbeginn in weiterer Folge seinen Rücktritt, so hat er IKB einen Betrag zu zahlen, der im Vergleich zum vertraglich vereinbarten Gesamtpreis verhältnismäßig den von IKB bis zum Rücktritt erbrachten Leistungen entspricht.

Nach Zustandekommen des Vertrags ist der Rücktritt binnen vierzehn Tagen möglich. Diese Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde an den Kunden zu laufen, die zumindest den Namen und die Anschrift von IKB, die zur Identifizierung des Vertrags notwendigen Angaben sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht, die Rücktrittsfrist und die Vorgangsweise für die Ausübung des Rücktrittsrechts enthält. Wurde keine Urkunde ausgefolgt, endet die Frist jedenfalls zwölf Monate und vierzehn Tage nach Vertragsabschluss. Wenn die Ausfolgung der Urkunde innerhalb von zwölf Monaten ab Vertragsabschluss erfolgt, so endet die Rücktrittsfrist vierzehn Tage nach dem Zeitpunkt, zu dem der Kunde die Urkunde erhält. Das Rücktrittsrecht steht nicht zu, wenn der Kunde selbst die geschäftliche Verbindung mit IKB oder deren Beauftragten zwecks Schließung des Liefervertrags angebahnt hat, dem Vertragsabschluss keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind, oder bei Vertragserklärungen, die der Kunde in körperlicher Abwesenheit eines Vertreters/Beauftragten von IKB abgegeben hat, es sei denn, dass er dazu von einem Vertreter/Beauftragten von IKB gedrängt worden ist. Die Rücktrittserklärung ist an die IKB (z. B. Post: Salurner Straße 11, 6020 Innsbruck, E-Mail: kundenservice@ikb.at, Fax: +43 (0)512 502-5638) zu richten. Es genügt, wenn die Rücktrittserklärung innerhalb der oben genannten Frist abgesendet wird.

16. Grundversorgung

Kleinunternehmer im Sinne des ElWOG 2010 und Konsumenten, die sich gegenüber IKB auf die Grundversorgung berufen, können diese in Anspruch nehmen. Die jeweiligen Produkte für die Grundversorgung sind unter www.ikb.at/energie/grundversorgung.pdf abrufbar oder können bei IKB kostenfrei angefordert werden. Die gesetzlich zulässige Höhe ergibt sich aus den jeweils anzuwendenden landesgesetzlichen Regelungen.

Abweichend zu Punkt 9. gilt für Konsumenten, welche die Grundversorgung in Anspruch nehmen: Die im Zusammenhang mit der Aufnahme der Lieferung abverlangte Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung beträgt maximal die Höhe der Teilbetragszahlung für einen Monat. Gerät der Konsument während sechs Monaten nicht in weiteren Zahlungsverzug, so wird ihm die Sicherheitsleistung zurückerstattet und von einer Vorauszahlung abgesehen, solange nicht erneut ein Zahlungsverzug eintritt.

Bei Berufung von Konsumenten und Kleinunternehmern auf das Recht zur Grundversorgung ist der Netzbetreiber, unbeschadet bis zu diesem Zeitpunkt vorhandener Zahlungsrückstände, zur Netzdienstleistung verpflichtet. Verpflichtet sich der Kunde in der Grundversorgung nach erneutem Zahlungsverzug unter den Voraussetzungen von § 77 ElWOG 2010 zu einer Vorauszahlung mittels Prepayment-Zahlung für künftige Netznutzung und Stromlieferung, um einer Trennung vom Netz zu entgehen, wird IKB dem Netzbetreiber die für die Einstellung dieser Messeinrichtung notwendigen Informationen zeitgerecht übermitteln. Der Kunde hat das Recht, eine im Rahmen der Grundversorgung eingerichtete Prepayment-Funktion vom Netzbetreiber deaktivieren zu lassen, wenn der Kunde seine im Rahmen der Grundversorgung angefallenen Zahlungsrückstände bei IKB und beim Netzbetreiber beglichen hat oder wenn ein sonstiges schuldbefreiendes Ereignis eingetreten ist. Auch sind die jeweils anzuwendenden landesgesetzlichen Regelungen zu beachten.